

„Wir werden anders leben“

Interview Umweltministerin Barbara Hendricks, 63, will den klimaneutralen Umbau der Industriegesellschaft.

SPIEGEL: Sie haben nach dem Gipfel von Paris eine ehrgeizige Klimapolitik für Deutschland angekündigt. Was haben Sie vor?

Hendricks: Schon vor Paris haben wir uns für CO₂-Einsparungen von bis zu 95 Prozent bis ins Jahr 2050 verpflichtet. Unser Klimaschutzplan 2050, der bis zum Sommer dem Kabinett vorliegen soll, wird den Weg dahin beschreiben.

SPIEGEL: Was wird drinstehen?

Hendricks: Wir müssen eine Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, wenn wir bis zur Mitte des Jahrhunderts nahezu klimaneutral wirtschaften und arbeiten wollen. Strom aus erneuerbaren Energien wird künftig das Rückgrat unserer Energieversorgung bilden. Das bedeutet auch, dass wir die Bereiche, in denen wir bisher vor allem Erdöl und Erdgas einsetzen, etwa im Verkehr oder bei der Wärmeerzeugung, zunehmend auf den Einsatz von Strom umstellen werden. Dazu brauchen wir mehr Elektroautos auf den Straßen. Und zur Deckung des verbleibenden Wärmebedarfs werden Nachtspeicheröfen eine Renaissance erleben.

SPIEGEL: Aber Nachtspeicheröfen galten bisher als klimaschädlich.

Hendricks: Nicht, wenn sie mit Grünstrom betrieben werden. Dann sind sie höchst umweltfreundlich.

SPIEGEL: Schaffen wir das, ohne unsere Konsumgewohnheiten zu ändern?

Hendricks: Nein, aber das passiert ja längst. Der Fleischkonsum geht zurück, in den Städten nimmt der Anteil des motorisierten Individualverkehrs deutlich ab, der Radverkehr wächst dagegen sehr stark. In Berlin etwa haben 40 Prozent der Haushalte keinen Pkw mehr. Klimaschutz bedeutet nicht gleichzeitigen Verzicht. Wir werden anders leben, aber nicht schlechter.

SPIEGEL: Sie propagieren einen Bewusstseinswandel. Uns scheint, in der Regierung ist er noch nicht so richtig angekommen. Richtig?

Hendricks: Kann sein. Was das bis 2050 für uns alle genau bedeutet, ist ja auch in seiner ganzen Dimension noch unklar. Sicher ist nur: Es ist eine Jahrhundertaufgabe, die vor uns liegt. Das haben tatsächlich noch nicht alle begriffen.

SPIEGEL: Im Straßenverkehr sind die Treibhausgasemissionen in den vergangenen Jahren wieder angestiegen. Was wollen Sie dagegen unternehmen?

Hendricks: Wir müssen die Elektromobilität stärker fördern und Kaufanreize

für solche Fahrzeuge einführen. Ich würde den Verbrennungsmotor aber noch nicht ganz ad acta legen. Man könnte für eine Übergangsphase Erdgas als Antriebsenergie verstärkt nutzen. Schrittweise können wir so auf Antriebe auf der Basis von synthetischem Gas aus erneuerbarem Strom kommen.

SPIEGEL: Die französische Regierung gibt 7000 Euro Zuschuss für einen Elektrokleinwagen. Sind ähnliche Summen in Deutschland vorstellbar?

Hendricks: Nein. Hierzulande gibt es Vorschläge, eine Prämie von 5000 Euro pro Elektrofahrzeug einzuführen. Das ist eine Größenordnung, über die man nachdenken müsste.

SPIEGEL: Bisher träubt sich Ihr Koalitionspartner gegen Kaufprämien.

Hendricks: Wir brauchen einerseits steuerliche Anreize, etwa bei beruflich genutzten Wagen. Und wir brauchen Prämien für Privatleute. Wie wir das finanzieren könnten, müssen Finanz- und Verkehrsminister klären.

SPIEGEL: Die deutsche Autoindustrie hat den Trend zu alternativen Antrieben bisher verschlafen; stattdessen hat VW die Abgaswerte manipuliert. War der Skandal eine Art Weckruf?

Hendricks: Es ist spätestens jetzt klar geworden, dass die Industrie nicht mehr



SPD-Politikerin Hendricks

„Vor uns liegt eine Jahrhundertaufgabe“

allein auf den Verbrennungsmotor vertrauen kann. Dass da weltweit Konkurrenten heranwachsen, die uns etwas voraushaben. Es ist bedauerlich, dass es bis jetzt nicht gelungen ist, eine vernünftige Batterieproduktion in Deutschland aufzubauen.

SPIEGEL: Klimaschützer fordern schärfere CO₂-Grenzwerte für Pkw nach 2020. Sie auch?

Hendricks: Die jetzigen Werte gelten bis 2020. Im nächsten Jahrzehnt werden dann niedrigere Grenzwerte gelten, selbstverständlich.

SPIEGEL: Ist die Kohleindustrie seit dem Pariser Abkommen erledigt?

Hendricks: Paris markiert eine Zeitenwende weg von der Kohle. Die Vereinbarungen sind bindend und erfordern bis zum Jahr 2050 eine weitgehend klimaneutrale Wirtschaft. Dafür benötigen wir eine kohlenstoffneutrale Energieerzeugung. Diesen Strukturwandel müssen wir ohne Strukturbrüche hinkriegen. Ich halte es für möglich, dass wir das sozial verträglich in 20 bis 25 Jahren schaffen.

SPIEGEL: Müssen alle Braunkohlekraftwerke und Tagebaue geschlossen werden?

Hendricks: Die Reihenfolge lautet: Atom muss zuerst weg, dann Kohle und ganz zum Schluss fossiles Gas. Das muss bis Mitte des Jahrhunderts umgesetzt sein. Das müssen wir den Bürgern sagen, und dazu müssen wir den Braunkohleregionen natürlich auch Perspektiven aufzeigen. Wir dürfen und werden niemanden zurücklassen.

SPIEGEL: Alle Berechnungen für das Zwei-Grad-Ziel schließen die CCS-Technik ein, also das Einlagern großer CO₂-Mengen im Boden. Kommt die Debatte noch einmal auf Deutschland zu?

Hendricks: Nicht bei der Energieversorgung. Da haben wir die Erneuerbaren und brauchen CCS nicht. Aber es gibt Produktionsprozesse, bei denen zwangsläufig CO₂ anfällt, etwa bei der Stahl- und Zementherstellung. Dort könnte das Einfangen von CO₂ eine Rolle spielen – sei es, um es einzulagern oder für andere Zwecke zu nutzen.

SPIEGEL: Haben Sie das auch die Umweltverbände schon wissen lassen, die Sturm laufen gegen die CCS-Technik?

Hendricks: Wenn wir CO₂-Neutralität wollen, können wir CCS für bestimmte Industrieprozesse jedenfalls nicht von vornherein ausschließen. So ehrlich müssen wir sein.

Interview: Horand Knaup, Gerald Traufetter